



## *Ihr Kurier des Ortsverbandes Langenhagen!* *im März, Ausgabe 106*

### **Europawahl 2009**

Am 7. Juni werden in Deutschland die 99 Abgeordneten des Europäischen Parlamentes gewählt. Bis dahin sind es noch knapp 70 Tage oder 10 Wochen. In diesem Bericht möchte ich einen kurzen Überblick zu den bisherigen Aktivitäten und die weiteren Wahlkampfplanungen auf Bundes- und Landesebene geben.

Die Bedeutung der Entscheidungen, die auf europäischer Ebene - nicht nur in Brüssel, Straßburg oder Luxemburg, sondern im Rahmen der Beteiligungsverfahren auch und gerade in Berlin und Hannover - getroffen werden auf uns als Bürger und auch als Kommunal- und Landespolitiker ist in den vergangenen Jahrzehnten gewachsen. Daher müssen möglichst viele Wählerinnen und Wähler davon überzeugt werden, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Als CDU vor Ort müssen wir einen ebenso engagierten und leidenschaftlichen Wahlkampf führen, wie es bei Kommunal- oder Landtagswahlen der Fall ist.

Wenn es um Europapolitik und damit auch den Europa-Wahlkampf geht, so stehen wir zunächst vor der Herausforderung, daß es ein recht komplexes Thema ist, das weit entfernt zu sein scheint und das auch nicht wirklich mit Personen und Gesichtern in Zusammenhang gebracht werden kann. Während ein Großteil der Bürger, vor allem aber auch wir als Parteimitglieder unsere Landtags- und Bundestagsabgeordneten kennen und bei vielen Gelegenheiten

und Veranstaltungen, bei Schützenfesten oder auch Versammlungen treffen, ist „Europa“ weit weg. Eine unrühmliche Rolle spielen auch viele Medien, die eher über Probleme, Skandale und bürgerferne Entscheidungen berichten, die sich einprägen, als über positive Aspekte. Darüber hinaus besteht auch das Gefühl, über „Europa“ nicht ausreichend informiert zu sein. Außerdem wird „Europa“ für Vieles verantwortlich gemacht, was letztendlich erst aufgrund der konkreten Umsetzung auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene problematisch wird und zu Einschränkungen von Freiheiten führt (wie z.B. die unsinnige Umweltzone in der Landeshauptstadt Hannover). Die Wahlbeteiligung droht als Folge dessen niedrig zu werden und auch die Motivation,

### **Termine**

**09.04.09, 20 Uhr: Stammtisch im  
What's up**

**04.05.09 (geplant!):  
Jahreshauptversammlung CDU-  
Stadtverband mit Neuwahlen,  
Einladung erfolgt.**

**23.05.09: Hoffest des  
Ortsverbandes (nähere  
Informationen folgen)**

Wahlkampf zu betreiben und auch Spenden zu sammeln bzw. zu leisten, ist noch nicht sehr stark. Wenn wir uns allerdings ständig selbst einreden, daß es schwierig wird, dann verschließen wir die Augen vor dem, was wir bereits getan haben und tun - und vor den Chancen, die sich bieten. Auch die Diskussion, wie viele Abgeordnete realistischerweise aus Niedersachsen einziehen werden, ist überflüssig. Von den 99 Deutschen Abgeordneten stammen 10 aus Niedersachsen, fünf davon gehören der CDU an. Je höher die Wahlbeteiligung

und je besser das Ergebnis für die CDU ist, desto größer sind die Chancen, das gute Ergebnis zu halten. Also muß um jede Stimme für die Liste der CDU gekämpft werden.

Darüber hinaus sehe ich in jeder durchgeführten Kampagne, unabhängig vom Thema, für die Mitwirkenden eine Schulung und Übung auch für zukünftige Wahlkämpfe und Aktionen. Auch wenn selbstverständlich nicht jedes unserer Mitglieder - von der Bevölkerung einmal abgesehen - an jedem Termin teilnehmen kann bzw. muß, werden Informationsangebote unterbreitet und Diskussionsmöglichkeiten gegeben. Damit erfüllen wir als Partei unseren grundgesetzlichen Auftrag, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Erinnerung sei hier nur an die Veranstaltung der Jungen Union und der Mittelstandsvereinigung zum Vertrag von Lissabon im Juni 2008, bei der wir eine sehr intensive Diskussion mit Monika Brüning MdB führen konnten. Die Senioren Union führt in diesen Tagen eine Veranstaltung zum Thema „Die Region Hannover und Europa“ durch, in der konkrete Projekte vorgestellt werden, die durch europäische Mittel gefördert werden.

An dieser Stelle sei bereits auf zwei Punkte besonders hingewiesen:

- Für den 23. Mai plant der CDU Ortsverband ein Hoffest im Stadtzentrum, bei dem auch der Kandidat des Bezirksverbandes Hannover, Burkhard Balz (Stadt-Langenhagen), als Referent erwartet

wird. Diese Möglichkeit zum persönlichen Gespräch sollte nicht versäumt werden.

- Umfassende Informationen zu Europa, zur Europawahl, zu den Wahlprogrammen und vielen Informationsveranstaltungen sind beim Europäischen Informationszentrum (EIZ) Niedersachsen, Aegidientorplatz 4, 30169 Hannover, Tel.: 0511 / 120-8888, [www.eiz-niedersachsen.de](http://www.eiz-niedersachsen.de) bzw. [www.eiz.eu](http://www.eiz.eu) erhältlich.

### **Europa-Kongresse und Wahlprogramme**

Die inhaltliche und programmatische Vorbereitung auf die Europawahl hat bereits vor einiger Zeit begonnen. Die CDU in Niedersachsen veranstaltete bereits am 4. März einen öffentlichen Zukunftskongress in Hannover, der sich europäischen Fragestellungen befaßte. Die Berichterstattung hielt sich leider in Grenzen. Auf Bundesebene wurde am 16. März ein „Europa-Kongress“ in Berlin durchgeführt, bei dem unter anderem das vom Bundesvorstand beschlossene - Wahlprogramm der CDU für die Europawahl vorgestellt wurde.

Das Programm der Bundes-CDU trägt den Titel „Starkes Europa - Sichere Zukunft“, ist 15 Seiten stark und auf wenige Kernpunkte beschränkt. Verglichen mit Wahlprogrammen zu Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen ist es recht kurz, stellt wenige konkrete Forderungen auf und hält sich sowohl in der Beschreibung der Lage wie auch in den Lösungsvorschlägen recht allgemein. Gewürdigt werden die maßgeblichen Initiativen, die deutsche Christdemokraten in den vergangenen Jahrzehnten des europäischen Einigungsprozesses beigesteuert haben. Neben Konrad Adenauer und Helmut Kohl sei dies vor allem unsere Parteivorsitzende und

Bundeskanzlerin Angela Merkel, die im Zuge der Deutschen Ratspräsidentschaft den ins Stocken geratenen Prozeß wieder in Gang gebracht habe und auch bei den G8 und G20 Gipfeln Führungsstärke bewiesen hat bzw. bewiesen wird. Lediglich unter Hinweis auf die Finanzmarktkrise, die sich nicht mehr nationalstaatlich, sondern nur wie auch andere Herausforderungen im Europäischen Rahmen lösen lasse, werden fünf konkrete Forderungen als Reform der internationalen Finanzmärkte zum Schutz der Bürger vor unkontrollierten Auswirkungen aufgestellt. Wenn es nun so scheint, als sei das Programm oberflächlich und tue niemandem weh, muß hier auf einige Forderungen aufmerksam gemacht werden, da sie nicht auf ungeteilte Zustimmung stoßen dürften. Neben Äußerungen zur Vereinheitlichung des Zivilrechts, zu Fragen der inneren Sicherheit, der Erweiterung und der Energiepolitik findet sich der Hinweis „An dem langfristigen Ziel, eine Verfassung für die Europäische Union zu schaffen, halten wir fest“. Wir setzen uns dafür ein, dass es in der Präambel einer solchen Verfassung ein Gottesbezug aufgenommen wird“ (Punkt 5.1., 1. Absatz). Mit „wir“ ist in diesem Fall sicherlich ausschließlich der Bundesvorstand gemeint, da der Begriff „Verfassung“ spätestens nach den negativen Referenden über den Verfassungsvertrag in den Niederlanden und in Frankreich „tabu“ ist und in der Bevölkerung und auch weiten Teilen der Partei eben nicht der Wunsch vorherrscht, einen Europäischen (Super-)Staat zu schaffen. Wir werden sehen, wie sich die Diskussion hier entwickelt.

Auch der Niedersächsischen CDU-Landesvorstand wird in seiner März-Sitzung ein europapolitisches Papier verabschiedet. Die Zuarbeit erfolgte durch die Landesfachausschüsse (LFA) der CDU in Niedersachsen unter Federführung des LFA Europäische und Regionalentwicklung. Beratungsgrundlage war ein Entwurf der Europaabgeordneten Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl MdEP und des Landtagsabgeordneten Björn Thümler MdL. In den Arbeitssitzungen, an denen ich für den Bezirksverband Ostfriesland mitwirken konnte, war es insbesondere ein Anliegen, ein klares und verständliches Programm zu formulieren, das insbesondere die niedersächsischen Interessen absteckt. Als Beispiele seien hier das VW-Gesetz, die Organisation der kommunalen Daseinsvorsorge, die Schulorganisation, die Überarbeitung der FFH- und Vogelschutz-

Richtlinie und die immer mehr Einschränkungen unterliegende kommunale Selbstverwaltung schlechthin genannt. Gerade auch aufgrund des letzten Punktes wird die schnelle Verwirklichung der Ziele des Vertrages von Lissabon gefordert, da hier erstmals die Beachtung des Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung auch primärrechtlich verankert wird und nicht mehr ignoriert werden kann. An den Förderprogrammen muß Niedersachsen weiterhin teilhaben können; ein Anliegen ist hier insbesondere auch die Förderung der maritimen Wirtschaft, die einen wesentlichen Standortfaktor darstellt.

Die Programme sind über die Internet-Seiten des Bundesverbandes ([www.cdu.de](http://www.cdu.de)) und der CDU in Niedersachsen ([www.cdu-niedersachsen.de](http://www.cdu-niedersachsen.de)) abrufbar.

### **Wahlkampftermine und Aktionen**

Von März bis Juni soll im Rahmen der Aktion „Europa kommt an“ EU-geförderte (Infrastruktur-)Projekte mit besonderen Plaketten markiert werden um so deutlich zu machen, wo Fördergelder sinnvoll eingesetzt werden. Auch die Stadt Langenhagen hat in der Vergangenheit gerade bei den von der VHS angestoßenen Projekten zur Vereinbarung von Familie und Beruf, der Integration oder im Bildungsbereich allgemein - von diesen Mitteln profitiert. Allerdings wird die Diskussion auch hier durch Negativ-Beispiele wie das fragwürdige Projekt „Vital Rural Areas/Pferdestärken für Langenhagen“ überlagert. Auch hier ist es allerdings weniger die europäische Ebene verantwortlich, als vielmehr die fehlende strategische Ausrichtung im Rathaus bzw. der „Stabsstelle für überflüssige Projekte“ des Bürgermeisters. Nur weil es

europäische Mittel gibt, muß ein Projekt nicht durchgeführt bzw. entsprechend hingebogen werden. Langenhagens Image als Pferdestadt hervorzuheben, wäre schon vor Jahren eine ureigene Aufgabe des Öffentlichkeitsarbeit des Rathauses, des Stadtmarketings oder der Reitvereine gewesen, die im Idealfall auch ohne finanzielle Anreize von dritter Seite verwirklicht werden könnte. Voraussetzung sind tragfähige und von Politik und Öffentlichkeit akzeptierte Gesamtkonzepte - zur Stadtentwicklung und zum Stadtmarketing.

Am 16. Mai 2009 wird der Wahlkampfauftakt der Bundes-CDU in Aachen stattfinden. Die zentrale Wahlkampf-Kundgebung für Niedersachsen mit dem Spitzenkandidaten der Bundes- und Landes-CDU Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP und der CDU-Bundesvorsitzenden wird wenige Tage später am 18. Mai in Wolfsburg stattfinden. Der Auftakt zum Endspurt wird am 5. Juni in Heidelberg gesetzt. Auch wenn der Termin in Wolfsburg an einem Montag stattfindet, so bietet sich hier angesichts der relativ geringen Entfernung eine realistische Möglichkeit, teilzunehmen. Wer die Auftaktveranstaltungen zu den vergangenen Landtagswahlen in Braunschweig in Erinnerung hat, weiß, welchen Motivationsgewinn eine Teilnahme auslösen kann. Auch kann hier ein deutliches Zeichen für Niedersächsische Interessen in Europa (VW-Gesetz) gesetzt werden.

Neben dem herkömmlichen Straßen- und Häuserwahlkampf und der Plakatierung, die ab Anfang Mai durchgeführt werden, setzten Bundes- und Landespartei in der Kommunikation verstärkt auf elektronische Kampagnenführung über das In-

ternet und Kommunikationsforen. Die kommunale Ebene muß hier nicht alles mitmachen, aber für eine vernünftige Verlinkung mit den Portalen der Bundes- und Landespartei Sorge tragen.

Wichtige Termine für Veranstaltungen in den Verbänden setzten der 9. Mai (Europatag) und der 23. Mai (Verfassungs-Tag). Im Rahmen des Bundes- und Landesrednereinsatzes werden den Kreisverbänden in Niedersachsen ab 100 Redner-Termine angeboten, darunter 20 Termine mit dem Spitzenkandidaten Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP.

Als weiteres Wahlkampfmittel werden Ausgaben des „Magazins für Niedersachsen“ und des „Union Magazins“ ab Ende Mai zur Verfügung gestellt. Hiermit werden jedem Mitglied für die heiße Phase des Wahlkampfes noch einmal Hintergrundinformationen, Argumentationshinweise und auch Türanhänger für die Nacht vor dem Wahltag zur Verfügung gestellt.

Die kommenden Wochen werden recht schnell vergehen. Nutzen wir die Zeit bis zum Wahltag, um für unser Anliegen zu werden. Der Wahlkampf endet am Sonntag, 7. Juni um 17.59 Uhr.

Ralf Jurczyk

## Impressum

**V.i.S.d.P.:** CDU-OV Langenhagen

**Mitarbeiter dieser Ausgabe:** Dr. Martin Hohmann, Ralf Jurczyk, Marco Zacharias

**Satz u. Layout:** Marco Zacharias

**Gerne veröffentlichen wir Ihre Beiträge.**

*Mail an:*

*marco.zacharias@htp-tel.de*

## Evangelische Kirche in der DDR (Teil 1)

1. Die weitgehende Entchristlichung der Neuen Bundesländer ist eine der äußerst negativen Erblasten der marxistisch-atheistischen Staatsideologie der DDR im neuen Deutschland.

Wenn an der Wirkungsstätte Martin Luthers, der Lutherstadt Wittenberg, nur etwa 8% zur Evangelischen Kirche gehören, ist dies ein notvolles Zeichen. Zudem verband sich der marxistische Atheismus mit einem ideologischen und generellen Materialismus. Honecker: Sozialismus heißt: größtmögliche Befriedigung der ständig wachsenden Bedürfnisse der Bevölkerung. Selbstverständlich wurde da erst einmal an die materiellen Seiten des Lebens gedacht, die anderen gehörten zum Überbau und wurden je nach Versorgungslage betont. Im Programm der SED von 1976 heißt es: "Entsprechend dem ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus besteht die Hauptaufgabe bei der Gestaltung der entwickelten, sozialistischen Gesellschaft in der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes."

Bei dieser weithin materialistischen Auslegung des Lebens wurden Lebenssinn, Glück, Erfüllung, Hoffnung, Gestaltungswille eben sehr stark in materielle Ambitionen gelenkt: Es zählt letztlich nur, was zählt. Hier begegnen sich materialistische Denkweisen West und Ost durchaus. Dies führt zu materialistischen Vergleichen auf gleicher Ebene: Neiddebatten über Verdienste, Renten. Auch wortreiches Lamentieren, eine Forderungshaltung auf Totalversorgung durch den Staat, Anfälligkeiten für materielle Heilsversprechen von Links und Rechts,

Bewunderung von Obama ohne eigene Aufbruchsstimmung. Die DDR-Kirchen sind in das vereinigte Deutschland und die vereinigte EKD mit eben diesem entsprechenden DDR-Erbteil und den dazugehörigen „Mitbringseln“ gekommen. Frust und Freude lagen da beieinander.

2. Arbeit und Wirksamkeit des „Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR“ waren eingeschränkt, aber möglich. Hier bestand ein eklatanter Unterschied zu den Lebensmöglichkeiten der Orthodoxen Kirche in der UdSSR. Die Landeskirchen waren wie in der EKD insgesamt noch in den Grenzen von 1918 organisiert. Die ehemals preußischen Gebiete Erfurt, Suhl, Schleusingen, Eichsfeld gehörten z.B. nicht zur Lutherischen Kirche in Thüringen. Schmalkalden gehört zu Hessen-Kassel. Die „Kirchensteuer“ war keine einklagbare Steuer, sondern eine Spende nach Selbstveranlagung. Redlich bezahlt nach Einkommen haben weithin nur die kirchlichen Mitarbeiter, denen die Kirchensteuer vom Gehalt abgezogen wurde. Die kirchlichen Gehälter lagen immer unter DDR-Durchschnitt. Die Haushaltspläne der Landeskirchen ließen sich nur durch (bis zu 60%) Zuschüsse der EKD (über die Staatsbank der DDR mit einem etwas günstigeren Umtausch-satz transferiert) ausgleichen. Gleiches galt für die diakonischen Werke, Krankenhäuser, Pflegeheime etc. über das Diakonische Hilfswerk Stuttgart, z.T. mit versteckten Geldern von Bundesministerien. Kirchliche Mitarbeiter in der DDR waren über diese Tatbestände nur unzulänglich informiert (die DDR hielt Devisen - Angelegenheiten weitgehend unter der Decke). Diese Unkenntnis (bei manchen Ignoranz) führte auch dazu, dass

sich manche kirchlichen Mitarbeiter und Laiensynodale für die besseren Christen in einer im Kontrast zur „reichen“ EKD als „armen“ Kirche wähten. Entsprechende Äußerungen haben zu Recht immer einmal EKD-Vertreter West verschnupft. Insgesamt sind die West-Kirchen äußerst honorig und verständnisvoll mit

ihren Brüdern/Schwestern in der DDR umgegangen!

Da auch die DDR-Christen einen Beitrag gegen die Not in der Welt leisten wollten, aber auf Grund des Devisenmangels nicht leisten konnten, kam es zu teilweise grotesken Konstruktionen. „Brot für die Welt“-Gelder der Gemeinden der DDR wurden in diakonische Einrichtungen in der DDR geleitet, dafür übermittelte die EKD einen entsprechenden DM-Betrag an Not leidende Völker. Aus der DDR ließen sich – wenn vorhanden – nur Decken und Zelte exportieren, die dann natürlich als DDR-Spende vermarktet wurden. Über das Diakonische Werk Stuttgart wurden auch die DM-Gefangenenfreikäufe aus der DDR gegen entsprechende Warenbedarfslisten abgewickelt. Es sollte keine Regierungsbeziehungen zwischen Berlin und Bonn geben. Die kurz und selektiv skizzierten Lebensäußerungen der DDR-Kirchen zeigen die unvermeidbare Verflochtenheit der Kirchen in das DDR-Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Da konnte man nicht aussteigen. Dezierte DDR-Aussteiger begaben sich weitgehend in die gesellschaftliche Isolation. Natürlich spielten West-Fernsehen und Nähe zur Bundesrepublik eine heilsame, verschiedentlich auch ambivalente Rolle.

3. Möglich war diese ganze kirchliche Konstruktion deshalb, weil nach 1945 sich alle deutschen Landeskirchen unter ihrem Dach - der EKD – versammelt haben. Die DDR-Kirchen waren nie ausgetreten, somit war die Wiedervereinigung 1992 kein rechtliches Problem, bedingt durch die inzwischen erfolgte unterschiedliche Sozialisation und Geschichte war es aber ein mentales. Da eine regelmäßige Versammlung der gesamtdeutschen EKD-Synode und anderer Gremien durch die DDR nach dem Mauerbau 1961 verhindert wurde, kam es 1969 zur Gründung des „Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR“. Die Kontakte blieben aber sehr eng.

Die DDR-Kirchen schrumpften zu „Volkskirchen in einer ideologischen Diaspo-

Ra“. Da die Kirchen aber über eigene Gebäude (mit Hausrecht) und eine Selbstverwaltung verfügten, hatten sie Raum für eigene Aktivitäten und boten Dissidenten Versammlungsmöglichkeiten und einen gewissen Schutz. Natürlich von der Stasi durchseucht. Rückblickend staunt man, mit welchem Aufwand diese Truppe gearbeitet hat. Letztlich ohne historischen Erfolg, sie hat aber Existenzen auch in der Kirche vernichtet. Die Kirchen verfügten zu DDR-Zeiten über ein größeres Vertrauenspotential in der (unkirchlichen) Bevölkerung als heute.

Die „Runden Tische“ 1989/90 wurden in kirchlichen Gebäuden und mit Hilfe der Moderation von kirchlichen Mitarbeitern in selbstloser Weise durchgeführt. Sie wussten etwas von gestalter Demokratie und über Geschäftsordnungen.

Gegen manche theologische Äußerung (z. B. unter Berufung auf Dietrich Bonhoeffer) über eine widerständlerische Selbstaufgabe der Kirche in einer atheistischen Diktatur war gerade die mühsame Selbstbehauptung und Selbstverwaltung der Kirchen in der DDR eine erfolgreiche Konzeption.

Immerhin gilt: Mit Gottes Hilfe...

**Dr. Martin Hohmann**

### **Zu guter Letzt**

„Habe nun, ach! Philosophie,  
Juristerei und Medizin,  
und leider auch Theologie!  
Durchaus studiert, mit heißem  
Bemühen.  
Da steh ich nun, ich armer Tor!  
Und bin so klug als wie zuvor.“

*(Johann Wolfgang v. Goethe,  
aus: Faust I)*

**Der nächste Kurier erscheint im Mai.**